

Gemeinderatsfraktion Ostfildern

Sonja Abele
Hermann-Pleuer-Weg 47
73760 Ostfildern
0711-412642; sonjaabele@gmx.de

Ostfildern, 16. August 2010

PRESSEMITTEILUNG

In einem offenen Brief fordert die Grüne Gemeinderatsfraktion von Ostfildern den Städtetag auf, sich für Ablöseverpflichtungen bei Fahrradständern vor Geschäften in Ortszentren einzusetzen. Es geht dabei um eine Ergänzung der Landesbauordnung; diese ermöglicht es Kommunen heute schon, Radabstellanlagen in bestimmter Zahl und Güte per Satzung zu verlangen, wenn ein Laden, eine Gaststätte o.ä. neu eröffnet oder umgebaut werden.

Doch das reicht den Grünen in Ostfildern nicht; in Baden-Württemberg verläuft die Sache nämlich im Sande, wenn die Umsetzung einer Stellplatzverpflichtung am fehlenden Platz scheitert; und das ist in den Stadtzentren allzu häufig der Fall. „Einheitliche Anlagen auf öffentlicher Fläche wären die Lösung und könnten aus den zweckgebundenen Mitteln von Stellplatzablösungen finanziert werden“, so Stadträtin Sonja Abele. Die Grüne Gemeinderatsfraktion in Ostfildern will, dass der Bauherr dann, wenn für funktionstüchtige Radständer kein Platz ist, der Stadt einen Ablösebetrag zahlen kann bzw. muss. Das ist bei Autostellplätzen seit Jahrzehnten so gängige Praxis. In Bayern gilt das auch für Räder. „Gute Abstellanlagen an möglichst vielen Stellen sind eine große Chance für die Lebendigkeit der Ortskerne“, ergänzt die Fraktionsvorsitzende Margarete Schick-Häberle. Eine Verlagerung möglichst vieler Alltagsfahrten vom Auto zum Fahrrad im Dienste von Lebensqualität, Gesundheit und Klima müsse, so die Grüne Fraktion, als wichtiges Ziel der Städteplanung weiterhin mit Energie und Fantasie verfolgt werden.

Auslöser für den Offenen Brief war eine Diskussion im Gemeinderat um ein Schreiben ähnlichen Inhalts, das die Stadtverwaltung Ostfilderns an den Städtetag schicken wollte. Dies wurde der Verwaltung von einer knappen Gemeinderatsmehrheit untersagt. Deshalb übernimmt es nun die Grüne Gemeinderatsfraktion, dieser Idee zu größerem Bekanntheitsgrad auch in Baden-Württemberg zu verhelfen.